S 58 AL 3908/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 18
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft -

Deskriptoren Arbeitslosengeld – Aufhebung und

Erstattung - verspätete Vorlage von AU-

Bescheinigungen

Leitsätze -

Normenkette SGB 10 § 48 Abs 1 S 2 Nr 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 58 AL 3908/15

Datum 31.10.2016

2. Instanz

Aktenzeichen L 18 AL 200/16 Datum 30.09.2020

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 21. Oktober 2016 wird zurückgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu er-statten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Klägerin wendet sich gegen die Aufhebung der Bewilligung von Arbeitslosengeld (Alg) für die Zeit vom 23. März 2015 bis 9. September 2015 und die von der Be-klagten für die Zeit vom 24. April 2015 bis 31. August 2015 geltend gemachte Erstat-tung von gezahltem Alg iHv insgesamt 4.470,40 EUR nebst Beiträgen zur Kranken- bzw Pflegeversicherung (KV/PV) iHv 1.140,24 EUR bzw 169,59 EUR.

Die Klägerin war bis 28. Februar 2015 bei der j GmbH versicherungspflichtig beschäftigt; das Arbeitsverhältnis endete wegen Insolvenz der Arbeitgeberin durch Aufhebungsvertrag vom 23. Februar/3. März/4. März 2015 unter Gewährung einer Abfindung. Die Klägerin meldete sich am 3. März 2015 arbeitslos. Die Beklagte be-willigte Alg nach Ablauf einer Ruhensfrist wegen der erhaltenen

Entlassungsent-sch \tilde{A} ¤digung ab 24. April 2015 f \tilde{A} 1 4r 180 Tage bis 23. Oktober 2015 iHv tgl 35,20 EUR (Ru-hensbescheid und Bewilligungsbescheid vom 12. M \tilde{A} ¤rz 2015).

Die KlĤgerin erkrankte arbeitsunfĤhig vom 23. MĤrz 2015 bis 22. Mai 2015 und war in diesem Zeitraum aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, eine versiche-rungspflichtige BeschĤftigung auszuüben. Die entsprechenden Ĥrztlichen Be-scheinigungen legte sie der Beklagten anlĤsslich einer persönlichen Vorsprache am 10. September 2015 vor. Mit Bescheiden vom 10. 2015 auf und forderte Erstattung des fýr die Zeit vom 23. Mai 2015 bis 31. August 2015 gezahlten Alg iHv 3.449,60 EUR nebst KV/PV-BeitrÄgen iHv 1.140,24 EUR bzw 169,59 EUR (Gesamtforderung 4.759,43 EUR). Für die Zeit vom 24. April 2015 bis 22. Mai 2015 stehe der KlĤgerin ein Kranken-geldanspruch zu, so dass insoweit (1.020,80 EUR) die Krankenkasse zur Erstattung aufgefordert worden sei. Mit Bescheid vom 25. September 2015 bewilligte die Be-klagte Alg für die Zeit ab 10. September 2015 f $\tilde{A}^{1}\sqrt{4}$ r 180 Tage bis 9. M \tilde{A} xrz 2016 iHv tgl 35,20 EUR. Den Widerspruch gegen die vorgenannten Bescheide wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 27. Oktober 2015 zurÄ¹/₄ck. Krankengeld ist der KlĤgerin für den Streitzeitraum nicht gezahlt worden.

Im anschlieÃ□enden Klageverfahren hat die Beklagte, nachdem die Krankenkasse insoweit eine Erstattung fýr die Zeit vom 24. April 2015 bis 22. Mai 2015 abgelehnt hatte, von der Klägerin auch die Erstattung des auf diesen Zeitraum entfallenden Alg-Betrages iHv 1.020,80 EUR gefordert (Bescheid vom 15. April 2016). Die Klägerin hat bekräftigt, die Arbeitsunfähigkeits(AU)-Bescheinigungen jeweils zeitnah bei der Beklagten eingereicht zu haben.

Das Sozialgericht (SG) Berlin hat die auf Aufhebung der Bescheide vom 10. September 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27. Oktober 2015 gerichtete Klage abgewiesen (Urteil vom 21. Oktober 2016). Zur Begrýndung ist ausgefýhrt: Die Alg-Bewilligung sei rechtswidrig gewesen. Für die Zeit vom 24. April 2015 bis 22. Mai 2015 sei die Klägerin wegen ihrer AU nicht verfügbar und damit nicht arbeitslos gewesen. Die Nahtlosigkeitsregelung in § 145 Sozialgesetzbuch â☐ Arbeitsförderung â☐ (SGB III) sei ebenfalls nicht anwendbar, weil die Klägerin nicht im laufenden Bezug von Alg erkrankt sei. Ein Alg-Anspruch für die Zeit vom 23. Mai 2015 bis 31. August 2015 habe wegen Erlöschens der Arbeitslosmeldung nach § 141 Abs. 2 Nr. 1 SGB III nicht bestanden. Die Beklagte sei gemäÃ☐ § 48 Sozialge-setzbuch â☐ Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz â☐ (SGB X) auch berechtigt und verpflichtet gewesen, die Alg-Bewilligung rückwirkend aufzuheben, weil die Klägerin ihrer Pflicht, die AU unverzüglich mitzuteilen, pflichtwidrig nicht nachgekommen sei.

Mit der Berufung verfolgt die Klägerin ihr Begehren weiter. Der Aufhebungsbescheid vom 10. September 2015 sei bereits unbestimmt, da er das Datum des Alg-Bewilligungsbescheides nicht benenne.

Die KlĤgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 21. Oktober 2016 und die Bescheide der Beklagten vom 10. September 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbe-scheides vom 27. Oktober 2015 aufzuheben.

Die Beklagte, die ein AnhĶrungsverfahren (Schreiben vom 9. Oktober 2017) zu ihren Aufhebungs- und Erstattungsentscheidungen nachgeholt hat, beantragt,

die Berufung zurÄ¹/₄ckzuweisen.

Sie hÃxlt die angefochtene Entscheidung fÃ1/4r zutreffend.

Wegen des Vorbringens der Beteiligten im à brigen wird auf deren vorbereitende Schrifts xtze nebst Anlagen Bezug genommen. Die Gerichtsakte und die Verwaltungsakten der Beklagten haben vorgelegen und sind Gegenstand der Beratung gewesen.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung des Senats ohne m $\tilde{A}^{1/4}$ ndliche Verhandlung einverstanden erkl \tilde{A} mrt (\hat{A} \hat{A}

Entscheidungsgründe:

Die Berufung der KlĤgerin ist nicht begrļndet.

Gegenstand des Verfahrens sind neben der Entscheidung der Vorinstanz der Bescheid vom 10. September 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27. Oktober 2015 \tilde{A}^{1}_{4} ber die Aufhebung der Alg-Bewilligung ab 23. M \tilde{A} xrz 2015, deren Regelungswirkung bis zur Neubewilligung von Alg ab 10. September 2015 reicht, und die Erstattung des f \tilde{A}^{1}_{4} r die Zeit vom 23. Mai 2015 bis 31. August 2015 gezahlten Alg iHv 3.449,60 EUR nebst KV/PV-Beitr \tilde{A} xgen iHv 1.140,24 EUR bzw 169,59 EUR (Gesamtfor-derung 4.759,43 EUR), ferner der Erstattungsbescheid vom 15. April 2016 iHv 1.020,80 EUR, der sich auf den Zeitraum vom 24. April 2015 bis 22. Mai 2015 bezieht und der den insoweit ergangenen weiteren Bescheid vom 10. September 2015 iSv \tilde{A} \$ 96 Abs. 1 SGG in vollem Umfang ersetzt hat. Auch \tilde{A} 1/4 ber den letztgenannten Bescheid war mit der Berufung zu entscheiden (vgl Bundessozialgericht (BSG), Urteil vom 26. Mai 2011 \tilde{A} \tilde

Von einer notwendigen Beiladung der Krankenkasse (vgl $\frac{\hat{A}\S}{75}$ Abs. 2 und 5 SGG) hat der Senat abgesehen, weil die Kl \tilde{A} ¤gerin keine Leistungsklage erhoben hat und \tilde{A} ½ber einen Krankengeldanspruch der Kl \tilde{A} ¤gerin im Rahmen der hier zu pr \tilde{A} ¾fenden isolierten Anfechtungsklage gegen die Alg-Aufhebungsentscheidung und die Er-stattungsentscheidungen der Beklagten nicht zu befinden war (vgl hierzu BSG, Ur-teil vom 2. November 2000 \hat{a} B 11 AL 25/00 R \hat{a} juris \hat{a} Rn 17). Die Aufhebungsentscheidung der Beklagten ist hinreichend bestimmt iSv \hat{A} § 33 Abs. 1 SGB X. Die Beklagte hat den Aufhebungszeitraum zutreffend benannt. Einer Benennung des (einzigen) Bewilligungsbescheides vom 12. M \tilde{A} ¤rz 2015 bedurfte es

nicht. Es ergibt sich aus der getroffenen Aufhebungsentscheidung unzweideutig, dass die Alg-Bewilligung fÃ 1 /4r den dort genannten Zeitraum vollstÃ 2 ndig aufgehoben werden sollte (vgl hierzu auch BSG, Urteil vom 25. Oktober 2017 â 1 0 B 14 AS 9/17 R = SozR 4-1300 § 45 Nr 19 â 1 0 Rn 26, 32; BSG, Urteil vom 29. November 2012 â 1 0 B 14 AS 6/12 R = SozR 4-1300 § 45 Nr 12 â 1 0 Rn 25 ff). Auch die Benennung einer Gesamter-stattungsforderung genÃ 1 /4gt dem Bestimmtheitsgebot (vgl BSG SozR 4-1300 § 33 Nr 2).

Die Beklagte war berechtigt und verpflichtet, die Alg-Bewilligung für die Zeit ab 23. März 2015 (bis im Ergebnis 9. September 2015) aufzuheben. Grundlage ihrer Auf-hebungsentscheidung ist § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X iVm § 330 Abs. 3 Satz 1 SGB III. Danach ist die Beklagte, ohne dass dabei Ermessen auszuüben wäre, ver-pflichtet, einen Verwaltungsakt mit Wirkung vom Zeitpunkt der Ã□nderung der Ver-hältnisse zurückzunehmen, soweit bei einem Verwaltungsakt mit Dauerwirkung der Betroffene einer durch Rechtsvorschrift vorgeschriebenen Mitteilung wesentlicher für ihn nachteiliger Ã□nderungen der Verhältnisse vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht nachgekommen ist.

Die Alg-Bewilligung der Beklagten war mWv 23. MAxrz 2015 objektiv rechtswidrig. Denn die Kl\(\tilde{A}\)\magerin war von diesem Zeitpunkt an arbeitsunf\(\tilde{A}\)\makepin die erkrankt und nicht in der Lage, einer versicherungspflichtigen, mindestens 15 Stunden wA¶chentlich umfassenden BeschĤftigung nachzugehen und damit mangels objektiver Verfügbarkeit iSv <u>§ 138 Abs. 1 Nr. 3</u> iVm Abs. 5 Nr. 1 SGB III nicht mehr arbeitslos, ohne dass eine mehr als sechsmonatige Minderung ihrer LeistungsfĤhigkeit iSv § 145 Abs. 1 SGB III vorgelegen hätte. Auch ein Anspruch gemäÃ∏ § 146 SGB III scheidet insoweit aus, weil die AU nicht wAxhrend des Alg-"Bezugs" iS eines realisierbaren Alg-Anspruchs (vgl zur VorgĤngerregelung in § 105b Arbeitsförderungsgesetz BSG, Urteil vom 29. März 2001 â∏ B 7 AL 14/00 R â∏∏ juris $\hat{a} \sqcap \square$ Rn 15; BSG, Urteil vom 2. No-vember 2000 $\hat{a} \sqcap \square$ B 11 AL 25/00 R $\hat{a} \sqcap \square$ Rn 21; zu <u>§ 126 SGB III</u> aF BSG, Urteil vom 7. Februar 2002 â∏ <u>B 7 AL 28/01 R</u> â∏ juris â∏ Rn 20) eingetreten ist, sondern während des Ruhens des Alg-Anspruchs. Ein Anspruch auf Krankengeld, über den hier nicht zu entscheiden war, dürfte indes ungeachtet der Aufhebung der Alg-Bewilligung dem Grunde nach (nur) für die Zeit des Alg-Bezugs vom 24. April 2015 bis 31. August 2015 (vgl die aufgrund des Alg-Bezugs eingetretene Versicherungs-pflicht gemäÃ∏ § 5 Abs. 1 Nr. 2 Sozialgesetzbuch â∏∏ Gesetzliche Krankenversiche-rung â∏∏ (SGB V) in der vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geltenden Fas-sung) bestanden haben, nicht aber für die Zeit vom 23. März 2015 bis 23. April 2015, da insoweit keiner der in § 5 Abs. 1 Nr. 2 SGB V genannten Ruhenstatbe-stände vorlag.

Da durch das mehr als sechswĶchige Unterbrechen der Arbeitslosigkeit (AU bis 22. Mai 2015) die Arbeitslosmeldung entfallen war (vgl <u>§ 141 Abs. 2 Nr. 1 SGB III</u>), bestand ein Alg-Anspruch der KlĤgerin erst mit der erneuten Arbeitslosmeldung ab 10. September 2015.

Die Klägerin hat durch die nicht unverzýgliche Vorlage der AU-Bescheinigungen entgegen <u>§ 311 SGB III</u> ihre Anzeige- und Mitwirkungspflicht zumindest grob fahr-lässig verletzt. Der Senat ist wie das SG überzeugt, dass die Klägerin die

maà ge-benden AU-Bescheinigungen (Erstbescheinigung vom 23. Mà rz 2015, Folgebe-scheinigungen vom 7. und 16. April 2015 sowie vom 7. Mai 2015) der Beklagten erstmals am 10. September 2015 vorgelegt hat. Der Vortrag, sie habe die Bescheini-gungen immer zà 4gig zur Post gegeben, ist nicht glaubhaft, da kein Eingang der an-geblichen vier Briefe bei der Beklagten feststellbar ist. Der Klà gerin war nach ihrer Einsichts- und Kritikfà higkeit in Anwendung eines subjektiven Fahrlà ssigkeitsmaà stabes nach den Hinweisen in dem ihr ausgehà ndigten Merkblatt 1 fà 4r Arbeitslose auch ohne weiteres klar erkennbar, dass sie die AU anzuzeigen und die Beschei-nigungen zeitnah vorzulegen hatte. Schlieà lich hat sie diese auch bei der Kran-kenkasse erstmals am 10. September 2015 vorgelegt (vgl auch Schreiben der BKK Pfalz vom 18. September 2015).

Die AnhĶrung der KlĤgerin ist von der Beklagten nachgeholt worden. Zwar hat der Beklagte die KlĤgerin vor Erlass der in ihre Rechtsposition eingreifenden Aufhebungsund Erstattungsentscheidungen nicht angehĶrt. Ausgehend von ihrer insoweit ma̸geblichen (vgl BSG, Urteil vom 9. November 2010 â∏∏ B 4 AS 37/09 R = SozR 4-1300 § 41 Nr 2 â∏ Rn 12) materiell-rechtlichen Rechtsansicht ist aber bereits wÄxh-rend des Widerspruchsverfahrens, in dessen Rahmen sich die KlĤgerin zu den aus Sicht des Beklagten entscheidungserheblichen Tatsachen äuÃ∏ern konnte, die er-forderliche Anhörung nachgeholt und damit der Verfahrensmangel gemäÃ∏ <u>§ 41 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 SGB X</u> geheilt worden. Selbst wenn dies als nicht ausreichend anzusehen wAxre, hat die Beklagte im Rahmen des Berufungsverfahrens ein fĶrmli-ches AnhĶrungsverfahren durch das an die Klägerin adressierte Schreiben vom 9. Oktober 2017 in die Wege geleitet. Die Beklagte ist im Grundsatz nach <u>§ 41 Abs. 2 SGB X</u> befugt, die fehlende Anhörung bis zur letzten Tatsacheninstanz eines sozi-algerichtlichen Verfahrens nachzuholen (dazu etwa BSG Urteil vom 31. Oktober 2002 $\hat{a} \square \square B 4 RA 15/01 R = SozR 3-1300 \hat{A} S$ 24 Nr 22; BSG, Urteil vom 9. November 2010 â∏ B 4 AS 37/09 R â∏ SozR 4-1300 § 41 Nr 2; BSG, Urteil vom 29. November 2012 â∏∏ <u>B 14 AS 6/12 R</u> â∏∏ Rn 21). Wegen der Aufhebungs- und Erstattungsentscheidun-gen kam â∏∏ vom rechtlichen Ausgangspunkt der Beklagten betrachtet â∏ im Ã∏brigen die Regelung des § 24 Abs. 2 Nr. 3 SGB X zum Tragen, weil von den tatsAxchlichen Angaben, die die Klägerin am 10. September 2015 gemacht hat, nicht zu ihren Un-gunsten abgewichen werden sollte.

Die Erstattungspflicht der KlĤgerin hinsichtlich des zu Unrecht bezogenen Alg folgt aus $\frac{\hat{A}\S 50 \text{ Abs. 1 SGB X}}{1 \text{ SGB X}}$. Die Beklagte hat die Alg-Rückforderung iHv insgesamt 4.470,40 EUR für die Zeit vom 24. April 2015 bis 31. August 2015 zutreffend berechnet. Hinsichtlich der von der Klägerin nach $\frac{\hat{A}\S 335 \text{ Abs. 1 und Abs. 5 SGB III}}{2}$ zu erstatten-den KV/PV-Beiträge hat die Beklagte einen niedrigeren als den tatsächlichen Ge-samtbetrag (1.140,24 EUR bzw 169,59 EUR anstatt 1.477,66 bzw 219,77 EUR) geltend ge-macht, was die Klägerin indes nicht beschwert. Da die Klägerin nicht pflichtgemäÃ \Box gehandelt hatte, kommt auch im Hinblick auf die sog teleologische Reduktion des Anwendungsbereichs von $\frac{\hat{A}\S 335 \text{ SGB III}}{2}$ (vgl hierzu BSG, Urteil vom 21. November 2002 $\hat{a}\Box\Box$ B 1 AL 79/01 R = $\frac{\text{SozR 3-4300 }\hat{A}\S 335 \text{ Nr 2}}{2}$ $\hat{a}\Box\Box$ Rn 17 ff) ein Absehen von der Erstattungspflicht nicht in Betracht.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Gründe füı	r eine Zulassung	der Revision	gemäÃ∏ <u>Â</u>	§ 160 Abs. 2	<mark>2 SGG</mark> liegen
nicht vor.					

Erstellt am: 14.12.2020

Zuletzt verändert am: 22.12.2024